

Beschluss

der Delegierten-Vollversammlung der AGABY

Zur Quote für Migranten in der Politik

Der Ausländer- und Integrationsbeirat der Stadt Erlangen fordert die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY) auf, die Idee einer Migrantenquote auf Listen der Parteien und Wählervereinigungen auf freiwilliger Basis für die nächsten Kommunalwahlen in die Mitgliedschaft zu tragen und dafür vor Ort zu werben.

Begründung:

Jede offene und tolerante Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht und welche Chancen sie ihnen einräumt. Einen wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit, Beteiligung und Interessenvertretung gesellschaftlicher Gruppen bieten z.B. die Sonderregelung für die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein, die Frauenquote in politischen Parteien sowie die betriebliche Mitbestimmung in großen Unternehmen. Diese Vereinbarungen tragen zur politischen Stabilität und zum sozialen Frieden in diesem Land bei und sichern damit auch das Wohlergehen der Menschen.

In einigen bayerischen Kommunen gibt es zwar Ausländer- und Integrationsbeiräte, die die Interessen von Migranten vertreten. Sie haben allerdings nur beratende Funktion und können keine Entscheidungen auf kommunaler Ebene treffen. Der Anteil von Migranten im Schulwesen, im öffentlichen Dienst sowie in den politischen Entscheidungsgremien ist sehr gering. Eine wichtige Maßnahme zur beschleunigten Herstellung von Chancengleichheit wäre die freiwillige Einführung einer Migrantenquote in Parteien, um Migranten die Mitwirkung an politischen Entscheidungen zu erleichtern. Das Beispiel der Einführung einer Frauenquote in politischen Parteien zeigt, dass man sich nicht damit begnügt hat, abzuwarten, bis der Faktor Zeit alles von selbst regelt. Bei allen Parteien reifte früher oder später die Erkenntnis, dass eine Quote für Frauen erforderlich sei, damit die spezifischen Belange von Frauen besser vertreten werden.

Viele Entscheidungen, die das Leben der Menschen direkt beeinflussen, werden auf kommunaler Ebene getroffen. Daher halten wir es für sehr wichtig, dass die politischen Parteien Migranten freiwillig mehr Mitwirkung anbieten. Wir betrachten die Einführung einer Migrantenquote als effektivstes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

Erlangen ist aufgrund seiner Tradition und dem hohen Migrationsanteil seiner Einwohner gerade zu prädestiniert in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle in Bayern zu übernehmen. Es würde auch sehr gut zum Motto unserer Stadt "Offen aus Tradition" passen. Wir sind fest davon überzeugt, dass andere Kommunen dem guten Beispiel Erlangens folgen würden, um die Integration der zugewanderten Mitbürger zu beschleunigen. In Europa gibt es die besorgniserregende Entwicklung, dass viele fremdenfeindliche politische Gruppierungen starken Zulauf erhalten. Sie vergiften durch Ausgrenzung und Diffamierung das politische Klima und gefährden den sozialen

Zusammenhalt. Solchen schlimmen Entwicklungen muss man positive Initiativen entgegensetzen, indem man die Migranten zur Mitwirkung einlädt, damit sie ihre Potentiale und Fähigkeiten voll entfalten können. Gute Erfahrungen machen Schule und setzen sich langfristig durch.

Fürth, den 15. April 2012

Adressaten:

- Bayerischer Staatsminister des Innern
- Landesvorsitzende der im Bayerischen Landtag vertretenen Parteien
- Fraktionen im Bayerischen Landtag
- Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung
- Bayerischer Integrationsrat
- Bayerischer Städtetag
- Migrantenorganisationen und Beiräte
- Medien und Fachöffentlichkeit